



Vorlage Nr. 24-I-30-0017

Tagesordnungspunkt 6

**der öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats am 20. November
2024**

Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Einbürgerungsverfahren

Antrag des Vorstands:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Einbürgerungsanträge sind aktuell in Wiesbaden anhängig, und wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit?
2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits unternommen, um den Antragsstau zu bewältigen?
3. sich auf Landes- und Bundesebene für eine Vereinfachung und Klarstellung der rechtlichen Anforderungen an Einbürgerungen einzusetzen.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden soll sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass ein temporäres Moratorium für neue Regelungen im Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht eingeführt wird, um den Behörden Zeit zu geben, bestehende Anträge abzuarbeiten.

Begründung:

Die Zahl der Einbürgerungsanträge ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen, insbesondere nach der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts. Dies hat zu erheblichen Bearbeitungsrückständen und langen Wartezeiten geführt, die für die Antragsteller unzumutbar sind. Lange Wartezeiten wirken abschreckend und beeinträchtigen die Integration der Betroffenen erheblich. Sie stehen zudem im Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben, die eine Bearbeitung innerhalb von drei Monaten voraussagen.

Beschluss Nr. 0063

Der Antrag des Vorstands wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat IV z. w. V.

Kizilgöz
Vorsitzender